

Schriftliche Anfrage **des Abgeordneten Jürgen Mistol (BÜNDNIS90/Die Grünen)**

Aktuelle Arbeitsbedingungen und Streikmaßnahmen bei der Krankenhaus-Dienstleistungsgesellschaft (Tochtergesellschaft des Universitätsklinikums Regensburg)

Die Krankenhaus-Dienstleistungsgesellschaft (KDL), als Tochtergesellschaft des Universitätsklinikums Regensburg (UKR), wurde 2006 gegründet – die KDL-Geschäftsführung hat in einer am 11. April einberufenen Betriebsversammlung mit der Anmeldung einer Insolvenz oder Fremdvergabe des Auftrags gedroht, sollte der Tarifvertrag der Länder von den Beschäftigten erstreikt werden.

1.1. Wie rechtfertigt die Bayerische Staatsregierung als Besitzerin des UKR und damit indirekt der KDL die Einschüchterungsversuche durch die Geschäftsführung und leitenden Angestellten der KDL?

1.2. Was wird die Bayerische Staatsregierung unternehmen, um solche Einschüchterungsversuche zu unterbinden?

2.1. Wie sieht die aktuelle finanzielle & wirtschaftliche Lage der KDL und des UKR aus?

2.2. Für wie realistisch schätzt die Bayerische Staatsregierung die Zahlungsunfähigkeit und Insolvenz der KDL und des UKR im Zusammenhang mit der Umsetzung der TV-L Angleichung der Beschäftigten der Servicegesellschaft?

3.1. Sind die Auflösung der KDL und die Vergabe der Tätigkeiten, die die KDL aktuell im Klinikum übernimmt, an ein Drittunternehmen geplant?

3.2. Wenn ja, wann soll diese Fremdvergabe stattfinden?

3.3. Wie rechtfertigt die Bayerische Staatsregierung diese Fremdvergabe nach 18 Jahren Besitz der KDL durch das UKR?

4.1. Mit welchen finanziellen und betrieblichen Gründen rechtfertigen die KDL und damit einhergehend das UKR bzw. die Bayerische Staatsregierung, als Eigentümerin, die langen Kettenbefristungen, denn alle Beschäftigten der KDL werden bei Aufnahme ihrer Tätigkeiten für die KDL 2 Jahre lang in einem befristeten Arbeitsverhältnis gehalten?

4.2. Wie plant die Bayerische Staatsregierung diese prekäre Beschäftigung zu verringern?

4.3. Wie begründet die Bayerische Staatsregierung den Erhalt der sachgrundlosen Befristung?

5.1. Wird sich die Bayerische Staatsregierung dafür einsetzen, dass die Beschäftigten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden?

5.2. Auf welcher Grundlage basiert die Entscheidung, welche Beschäftigten der KDL in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden und welche auch nach 2 Jahren Beschäftigung plötzlich aus dem Vertrag entlassen werden?

5.3. Wie rechtfertigt die Bayerische Staatsregierung die Praxis, dass trotz eines eklatanten Arbeitskräftemangels eine Beschäftigte nur 6 Tage vor Ende ihrer befristeten Beschäftigung erfahren hat, dass sie keinen unbefristeten Arbeitsvertrag erhalten und somit in die Arbeitslosigkeit geschoben werden wird?

6.1. Sind der Bayerischen Staatsregierung die massiven Auswirkungen der Streikmaßnahmen der Beschäftigten der KDL auf die Funktionsfähigkeit des UKR bekannt (zugemüllte OP-Schleusen, Unterversorgung der OPs mit Sterilgut und Wäsche, mangelnde Stationsreinigung sowie Essens- & Geschirrvorsorgung für die Patientinnen und Patienten)?

6.2. Wie umfangreich schätzt die Bayerische Staatsregierung die Einschränkung des Tagesablaufs aufgrund der Streikmaßnahmen ein?

6.3. Wie sehr eingeschränkt sieht die Bayerische Staatsregierung die Versorgung der Patientinnen und Patienten aufgrund der Streikmaßnahmen?

7.1. Wie viele Betten auf allen Stationen mussten aufgrund der Streikmaßnahmen vom 02.05 bis 08.05 für die Neuaufnahme von Patientinnen und Patientengespart werden?

7.2. Wie viele Operationen mussten aufgrund der Streikmaßnahmen verschoben bzw. abgesagt werden?

7.3. Welche wirtschaftliche Auswirkung hatten der Aufnahmestopp und die Operationsabsagen und -verschiebungen auf das UKR und die KDL?

8.1. Ist der Bayerischen Staatsregierung bekannt, wie viel die vollständige Angleichung der Beschäftigten der KDL an den Tarifvertrag der Länder (TV-L) kosten würde?

8.2. Wie wird sich die Bayerische Staatsregierung dafür einsetzen, Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft ver.di und der KDL und damit dem UKR zu ermöglichen und somit die Schäden für das UKR und die Einschränkung in der Versorgung der Bevölkerung möglichst einzuschränken?